

ANTRAG

Gremium: Bundeskongress

Beschlussdatum: 24.05.2025

Tagesordnungspunkt: 12.a. Anträge zu den Rechtsnormen

R1NEU: Fördermitgliedschaft

Antragstext

1 **Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an den Statuten**
2 **vorzunehmen:**

3 Nach § 4 Abs 19 werden folgende Absätze eingefügt:

4 *(20) Sowohl natürliche als auch juristische Personen können Fördermitglieder*
5 *werden. Die Fördermitgliedschaft dient der Unterstützung des Vereins durch Geld-*
6 *oder Sachspenden und ist mit keinen Rechten verbunden.*

7 *(21) Die Fördermitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss oder Tod.*
8 *Fördermitglieder können vom Bundesvorstand jederzeit und ohne Verfahren gem. § 4*
9 *Abs 14 ausgeschlossen werden.*

10 Der bisherige § 4 Abs 20 wird zu § 4 Abs 22.

11 **Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an der Finanzordnung**
12 **vorzunehmen:**

13 Nach § 2 Abs 8 wird folgender Absatz eingefügt:

14 *(9) Fördermitglieder entrichten individuell festzulegende Mitgliedsbeiträge. Die*
15 *Mitgliedsbeiträge von Fördermitgliedern ergehen regulär an den Bundesverband,*
16 *auf Wunsch eines Fördermitglieds kann sein Mitgliedsbeitrag auch gänzlich oder*
17 *teilweise Unterorganisationen zugewiesen werden.*

ANTRAG

Gremium: Bundeskongress

Beschlussdatum: 24.05.2025

Tagesordnungspunkt: 12.b. Leitantrag des Bundesvorstands

LANEU: Firewall für die Freiheit

Antragstext

1 **Die Zukunft ist digital – und sie betrifft uns alle.**

2 Ob wir lernen, arbeiten, kommunizieren oder unsere Freizeit gestalten: Unser
3 Leben findet längst auch im digitalen Raum statt. Bildung, Wirtschaft,
4 Gesundheitswesen, Verwaltung und Privatsphäre – all diese Bereiche sind heute
5 ohne sichere, verlässliche Informationstechnologie nicht mehr denkbar. Unsere
6 Gesellschaft ist vernetzt wie nie zuvor.

7 Doch damit wachsen auch die Risiken. Hackerangriffe auf kritische Infrastruktur,
8 großflächige Datenlecks, gezielte Desinformationskampagnen und digitale
9 Erpressung bedrohen nicht nur technische Systeme, sondern auch unsere
10 demokratischen Grundwerte. Wer digitale Freiheit will, muss digitale Sicherheit
11 ernst nehmen – ohne dabei in autoritäre Reflexe zu verfallen.

12 **Wir JUNOS sind überzeugt: Freiheit endet nicht an der eigenen Haustür und auch
13 nicht am Bildschirmrand.**

14 Gerade im digitalen Raum müssen Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit und
15 Selbstbestimmung konsequent verteidigt werden. Denn wer die digitale Welt nur
16 als Bedrohung sieht, wird sie nie gerecht gestalten können. Unser Ziel ist eine
17 mutige, lösungsorientierte Politik, die Sicherheit schafft, ohne Freiheit zu
18 opfern – und die Österreich und Europa in eine selbstbestimmte, digitale Zukunft
19 führt.

20 Wir kämpfen für einen Staat, der nicht überfordert reagiert, sondern strategisch
21 handelt. Der auf Eigenverantwortung und Innovation setzt – statt auf Misstrauen
22 und Kontrolle.

1. Bildung statt Bevormundung

Wir setzen auf Befähigung, nicht Bevormundung.

Sicherheit im digitalen Raum beginnt nicht bei Firewalls oder Gesetzen, sondern bei mündigen Bürgerinnen und Bürgern. Wer Risiken nicht versteht, kann sich nicht schützen.

Unsere Forderungen:

- **Verpflichtende IT-Bildung an allen Schultypen:** Grundlagen der Netzwerksicherheit und des Programmierens, Datenschutzrechte und Datensicherheit sollen fixer Bestandteil des Lehrplans in allen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen sein. Ziel sollte sein, eine grundsätzliche Awareness zu schaffen, dass das Internet und insbesondere Soziale Medien kein rechtsfreier Raum sind.
- Auch Lehrerinnen und Lehrer müssen umfassend fortgebildet werden, indem digitale Lehrmethoden in der Lehrer:innenausbildung verankert werden.[\[1\]](#) Die Bildungsdirektionen und das Bildungsministerium sollen verpflichtende Fort- und Weiterbildungen im Bereich KI und Digitalisierung für Lehrkräfte anbieten.
- **Medienbildung stärken:** Entscheidend für einen mündigen Umgang mit Online-Medienangeboten und Soziale Medien ist eine hochwertige Medienbildung an Schulen. Diese **muss** interaktiv gestaltet sein – inklusive Aufklärung über Fact-Checking-Plattformen und den Umgang mit Algorithmen. Sensibilisierung und Umgang mit Sozialen Medien sollen bereits frühzeitig begleitend durch die Schulen erlernt werden. Dazu gehört auch zu unterrichten, wie man künstliche Intelligenz richtig nutzt und davon nicht getäuscht wird. Dabei soll digitale Mündigkeit in den Vordergrund gestellt werden, also die Fähigkeit, digitale Informationen zu suchen, auszuwerten, kritisch zu hinterfragen und deren Quellen zu analysieren.
- **Medienschulungen für Eltern:** Mit der Einschulung ihrer Kinder sollen Erziehungsberechtigte eine kostenlose Medienschulung absolvieren, um ihre Kinder beim sicheren Umgang mit digitalen Medien zu unterstützen. Die terminliche Zuteilung soll durch ein Nudging-Konzept erfolgen z.B. automatische Zusendung eines etwaig zu verschiebenden Termins. Zusätzlich soll allen Erziehungsberechtigten die Option offenstehen, jederzeit freiwillig an solchen Medienschulungen teilzunehmen.

57 **2. Staatliche Verantwortung klar definieren**

58 **Der Staat schützt Freiheit durch Sicherheit – nicht durch Überwachung.**

59 Cybersicherheit ist eine staatliche Kernaufgabe, die sich insbesondere auf
60 kritische Infrastrukturen, den öffentlichen Sektor und die Sicherheit der Bürger
61 im digitalen Raum beziehen muss. Dabei muss sie verhältnismäßig und
62 grundrechtskonform gestaltet sein.

63 **Unsere Forderungen:**

- 64 • **Kritische Infrastruktur absichern:** Kritische Infrastrukturen sind
65 Organisationen oder Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das
66 staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig
67 wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen
68 Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden. Sie müssen
69 professionell abgesichert und durch regelmäßige IT-Sicherheitsaudits
70 kontrolliert werden. Chinesische, russische und amerikanische Beteiligung
71 an kritischer europäischer Infrastruktur – egal ob digital oder
72 konventionell – kann nur unter strengsten Auflagen geduldet werden.[\[2\]](#)
73 Wenn möglich, soll dabei verstärkt auf europäische Technologien und
74 Anbieter gesetzt werden. Einheitlich gewartete Systeme und zentrale
75 Standards erhöhen zudem die Sicherheit und Effizienz: Gerade auf
76 Gemeindeebene fehlen oft die Ressourcen für eigene IT-Fachleute. Eine
77 moderne Cyberstrategie muss daher auch föderale Schnittstellenprobleme
78 lösen.

- 79 • **Spezialisierte Cyberabwehr-Einheiten aufbauen:** Österreich braucht gut
80 ausgestattete, schlagkräftige Cyberabwehrkapazitäten im Bundesheer und bei
81 der Polizei, die Angriffe abwehren und Straftaten verfolgen können.

- 82 • **Cybersecurity-Zentrum (CSZ) schaffen:** Alle staatlichen Kompetenzen im
83 Bereich Cybersicherheit sollen in einem österreichischen Cyber-Security
84 Zentrum gebündelt werden – nach Vorbild des deutschen BSI. Dieses Zentrum
85 soll auch als Anlauf- und Beratungsstelle dienen.

86 **Keine massenhafte Überwachung – Grundrechte gelten auch**
87 **digital**

88 Jeder ungerechtfertigte Eingriff in das freie Internet ist damit auch ein
89 Eingriff in die individuelle Freiheit und die grundlegenden Rechte eines jedes

90 Menschen. Selbst angesichts realer Bedrohungen wie Hass, Missbrauch oder
91 Kriminalität darf die Antwort nie in flächendeckender Überwachung oder
92 unüberlegten Eingriffen in die Grund- und Freiheitsrechte des Individuums
93 liegen.

94 **Gerade in Zeiten zunehmender Verunsicherung und lauter werdender Forderungen**
95 **nach mehr Überwachung ist es umso wichtiger, klar für die Wahrung von**
96 **Grundrechten einzutreten.**

97 Das Recht auf Privatsphäre und Datenschutz ist kein Luxus, sondern ein Fundament
98 unserer liberalen Demokratie. Staatliche Eingriffe wie eine
99 Vorratsdatenspeicherung oder der Einsatz von Bundestrojanern sind mit einem
100 liberalen Rechtsstaat und individuellen Freiheiten unvereinbar. Wir stellen uns
101 solchen Maßnahmen entschieden entgegen. [\[3\]](#)

102 • **Uploadfilter gefährden Meinungsfreiheit:** Automatisierte Filtersysteme, die
103 Inhalte bereits beim Hochladen blockieren, können kreative Inhalte,
104 politische Satire oder gesellschaftliche Debatten unterdrücken – und sind
105 in der Praxis fehleranfällig und intransparent.

106 • **Klares Nein zur Klarnamenpflicht:** Die Klarnamenpflicht schafft es nicht,
107 Hass und Hetze im Netz zu verhindern. Stattdessen stellt sie eine
108 wesentliche Gefahr für unsere Demokratie dar. Sie dient der
109 Einschüchterung von Widerstandsgruppen und hindert die Bildung neuer
110 Meinungen und Positionen. [\[4\]](#)

111 • **Vorratsdatenspeicherung ist unverhältnismäßig:** Die anlasslose Speicherung
112 von Kommunikationsdaten der gesamten Bevölkerung wurde mehrfach vom
113 Europäischen Gerichtshof gekippt. Sie verletzt Grundrechte und nützt
114 nachweislich kaum der Strafverfolgung. Wir sprechen uns daher gegen
115 jegliche solche Maßnahmen aus, da bei einer derart großen Menge an Daten
116 über die Gesamtbevölkerung jederzeit die Gefahr unberechtigter Zugriffe
117 durch Dritte, und in der Folge eine mögliche Rekonstruktion von
118 Bewegungsprofilen, geschäftlicher Kontakte sowie (Freundschafts-
119)Beziehungen besteht. Auch Rückschlüsse auf den Inhalt der Kommunikation,
120 persönliche Interessen und die Lebenssituation der Kommunizierenden wären
121 letztendlich möglich. [\[5\]](#)

122 • **Terror bekämpfen und Daten schützen ist kein Widerspruch:** Terroristen
123 nutzen längst verschlüsselte Kommunikation und eine Vielzahl digitaler
124 Plattformen zur Koordination und Radikalisierung. Ein moderner, wehrhafter
125 Rechtsstaat darf sich davor nicht blind stellen. Gleichzeitig ist klar:
126 Der Schutz der Privatsphäre und der Grundrechte bleibt unantastbar – auch
127 im digitalen Raum. Deshalb gilt für uns: Jeglicher Eingriff in private

128 Kommunikation darf nur unter außergewöhnlich strengen Bedingungen
129 erfolgen. Es braucht eine neue Qualität der Kontrolle: Jeder Zugriff muss
130 auf eine klar eingegrenzte Zielgruppe beschränkt sein, richterlich
131 genehmigt werden und unter einer noch nie dagewesenen, effektiven
132 parlamentarischen und zivilgesellschaftlichen Kontrolle stehen. Statt
133 pauschaler Überwachung braucht es gezielte Maßnahmen gegen echte Gefahren
134 – mit technischen, rechtlichen und institutionellen Barrieren gegen
135 Missbrauch. Die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit darf nicht aus
136 dem Gleichgewicht geraten. Wir stehen für einen Staat, der seine Bürger
137 schützt – vor Terror, aber auch vor dem Übergriff durch den Staat selbst.

- 138 • **Nein zur EU-weiten Chatkontrolle:** Der Vorschlag der EU-Kommission zur
139 verpflichtenden Durchsuchung privater Nachrichten auf Endgeräten ist ein
140 massiver Eingriff in die Vertraulichkeit von digitaler Kommunikation. Eine
141 anlasslose Massenüberwachung privater Kommunikation – auch mit dem Ziel
142 des Kinderschutzes – gefährdet Grundrechte, ohne Sicherheit effektiv zu
143 erhöhen.

144 **3. Innovation fördern, nicht verhindern**

145 **Digitale Sicherheit braucht mehr als Regulierung – sie braucht Innovation.**

146 Europa darf bei der Digitalisierung nicht nur auf Kontrolle und Vorschriften
147 setzen. Es braucht ein innovationsfreundliches Umfeld, das Cybersicherheit als
148 Teil unternehmerischer und technologischer Weiterentwicklung versteht. Startups,
149 Wissenschaft und Wirtschaft müssen Freiräume erhalten, um neue Ideen zu erproben
150 – ohne durch übermäßige Bürokratie ausgebremst zu werden.

151 **Unsere Forderungen:**

- 152 • **Förderung von Open-Source-Software in öffentlichen Institutionen:** :
153 Öffentliche Einrichtungen sollen bei jeder IT-Beschaffung Open-Source-
154 Lösungen als gleichwertige Option berücksichtigen und diese bevorzugt
155 einsetzen, sofern sie den funktionalen, wirtschaftlichen und
156 sicherheitsrelevanten Anforderungen entsprechen. Ein besonderes Augenmerk
157 gilt dabei der langfristigen Wartbarkeit und dem verlässlichen Support.
158 Die Entscheidung erfolgt auf Fall-zu-Fall-Basis unter Berücksichtigung der
159 jeweiligen Rahmenbedingungen. Zusätzlich sprechen wir uns für eine
160 Harmonisierung der open-source-practices auf EU-Ebene aus.

- 161 • **Regulatory Sandboxes schaffen:** Unternehmen sollen neue

162 Sicherheitstechnologien unter realistischen Bedingungen testen dürfen, um
163 Innovation nicht durch Überregulierung zu ersticken. Dabei braucht es eine
164 gezielte Einbindung von White-Hat-Hackern bzw. Ethical Hackern, die in
165 einem rechtlich geschützten Rahmen aktiv Sicherheitslücken aufdecken und
166 Schwachstellen aufzeigen können. So wird nicht nur die technische
167 Sicherheit gestärkt, sondern auch ein praxisnaher Ansatz gefördert, der
168 digitale Innovation mit effektiver Sicherheitsprüfung verbindet.

- 169 • **Schnelle Sicherheitszertifizierungen:** Verfahren zur Zertifizierung von
170 Sicherheitsstandards sollen effizient, transparent und
171 innovationsfreundlich gestaltet werden.

- 172 • **Synergien bei Regulierung nutzen:** Anforderungen aus NIS2, DSGVO oder
173 anderen EU-Richtlinien sollen besser aufeinander abgestimmt werden, um
174 Mehrfachprüfungen, Doppelgleisigkeiten und unnötige Kosten zu vermeiden.
175 Österreich sollte hier Vorreiter bei der Entbürokratisierung sein.

- 176 • **Kein Gold Plating bei NIS2:** Die nationale Umsetzung der NIS2-Richtlinie
177 darf nicht über die Vorgaben der EU hinausgehen. Zusätzliche Auflagen
178 kosten Zeit, Geld und gefährden die Wettbewerbsfähigkeit innovativer
179 Unternehmen.

- 180 • **Innovationsfeindliche Bürokratie durch den AI Act verhindern:** Der European
181 AI Act droht in seiner derzeitigen Form, europäische Innovationskraft
182 durch überbordende Bürokratie massiv auszubremsen. Statt sich auf
183 risikobasierte, praktikable Standards zu konzentrieren, entsteht ein
184 starres, technikfernes Regelwerk, das gerade für Start-ups und KMUs zur
185 Wachstumsbremse wird. Österreich muss sich entschieden dafür einsetzen,
186 dass der AI Act in der Praxis anwendbar bleibt – und nicht zum
187 Paradebeispiel für gut gemeinte, aber realitätsferne Regulierung wird.

188 **4. Digitale Souveränität ernst nehmen: Umgang** 189 **mit TikTok und Co.**

190 **Freiheit braucht einen verantwortungsvollen Umgang mit Technologie.** Digitale
191 Plattformen wie TikTok, Instagram oder YouTube sind heute zentrale Orte der
192 Kommunikation, Meinungsbildung und Unterhaltung. Doch gerade autoritär
193 gesteuerte Anbieter stellen ein Risiko dar – sei es durch problematische
194 Datennutzung, intransparente Algorithmen oder politische Einflussnahme. Es
195 braucht daher eine klare europäische Antwort auf die Machtkonzentration
196 einzelner Plattformen, ohne in eine übertriebene und oft reflexartige
197 Verbotslogik zu verfallen.

198 **Unsere Forderungen:**

- 199 • **Strenge Datenschutzvorgaben durchsetzen:** Plattformen wie TikTok müssen
200 europäische Datenschutzregeln strikt einhalten – bei Verstößen droht der
201 Ausschluss vom europäischen Markt. Der aktuelle Umgang mit Safe-Harbour-
202 Nachfolgeregelungen und die Speicherung europäischer Nutzerdaten durch
203 Unternehmen wie Meta in den USA zeigen, dass die Durchsetzung der DSGVO
204 oft unzureichend ist. Hier braucht es endlich konsequente Sanktionen und
205 klare technische Vorgaben.

- 206 • **Verstärkte Maßnahmen gegen Radikalisierung auf Plattformen:** Einsatz auf
207 EU-Ebene für die Implementierung von einstweiligen Verfügungen zur
208 Sperrung von Accounts von Hasspredigern. Als Hassprediger definieren wir
209 all jene, die direkt oder indirekt zu Gewalt gegen die liberale
210 Gesellschaft bzw. Teile dieser, oder zur Missachtung ihrer Grundwerte
211 aufrufen.

- 212 • **Behördliche Nutzung regeln:** TikTok und vergleichbare Plattformen, hinter
213 welcher Software aus Staaten mit fragwürdiger geopolitischer
214 Vertrauenswürdigkeit steht , sollen auf behördlichen Geräten verboten
215 jedoch in abgeschotteten Sandbox- oder Safebox-Umgebungen zur
216 Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden dürfen..[\[6\]](#)

- 217 • **Altersverifikation sicherstellen:** Soziale Netzwerke sollen verpflichtend
218 verifizierbare Altersangaben über eine europäische digitale Signatur
219 sicherstellen. [\[7\]](#)

- 220 • **Content-Filter für unter 14-Jährige:** Inhalte mit potenziellen Risiken
221 sollen für diese Altersgruppe automatisiert eingeschränkt werden. Bis zum
222 14. Lebensjahr soll nur ein privater Account erlaubt sein.

- 223 • **Vollversion ab 14 Jahren:** Ab 14 Jahren sollen Jugendliche, auf Basis von
224 Medienbildung, selbstbestimmt entscheiden, wie sie Soziale Medien nutzen.

225 **TikTok ohne China, Meta ohne USA**

226 Wir JUNOS fordern einen evidenzbasierten, rechtsstaatlichen und abgestuften
227 Umgang mit digitalen Plattformen, die aus autoritären Staaten betrieben werden
228 oder sonst strategische Risiken für Europa darstellen. Ziel ist nicht ein
229 reflexhaftes Verbot, sondern die konsequente Verteidigung europäischer

230 Grundwerte, Datenschutzstandards und unserer Souveränität.

231 **Unser Stufenmodell für TikTok & Meta:**

232 **1. Transparenz- und Datenschutzregeln einhalten.**

233 **2. Verbindliche Ansprechstellen und Anti-Diskriminierungspflichten**
234 **sicherstellen:** Plattformen müssen eine rechtlich verantwortliche
235 Ansprechperson mit Sitz in der EU benennen, die auf behördliche Anfragen
236 reagieren kann. Zusätzlich braucht es klare Regeln gegen algorithmische
237 Diskriminierung: Inhalte dürfen nicht systematisch benachteiligt oder
238 bevorzugt und bestimmte Gruppen nicht verzerrt dargestellt werden.

239 **3. Staatliche Nutzung sofort einschränken**

240 Solange keine vollständige Risikoüberprüfung erfolgt ist, soll die Nutzung
241 risikobehafteter Plattformen auf Behördenhandys und in kritischen
242 Infrastrukturen untersagt sein.

243 **4. Sicherheitsprüfung durch unabhängige Stellen**

244 Plattformen mit Sitz oder Eigentum in autoritär regierten Staaten sollen
245 verpflichtend durch ENISA oder nationale Datenschutzbehörden auf
246 Sicherheitsrisiken geprüft werden.

247 **5. Verkauf oder Abspaltung als Ultima Ratio**

248 Wenn systemische Risiken nicht anders behebbar sind, soll die EU auf einen
249 Verkauf des europäischen Geschäfts oder dessen Abspaltung hinwirken. Wenn
250 sich die Betreiber weigern, soll die Bereitstellung der Plattform in der
251 EU verboten werden.

252 **Dieser Stufenplan schafft Sicherheit durch Rechtsstaatlichkeit – nicht durch**
253 **Symbolpolitik.** Unsere Antwort darf nicht sein, Eigenverantwortung reflexartig
254 abzusprechen und Plattformen sofort zu verbieten. Doch wenn die Radikalisierung
255 im digitalen Raum wächst und Plattformen wie TikTok ein Nährboden für
256 Extremisten und Hassprediger sind, muss man entschieden dagegenwirken. TikTok
257 steht unter starkem Einfluss des chinesischen Staates – das stellt ein
258 strategisches Risiko für unsere demokratischen Grundwerte dar.

259 **5. Europäische Zusammenarbeit intensivieren**

260 **Cybersicherheit kann nur europäisch gedacht werden.**

261 Die Zahl gezielter Cyberangriffe auf demokratische Staaten steigt stetig – ob
262 durch staatlich gesteuerte Gruppen, kriminelle Netzwerke oder autoritäre Regime.
263 Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat deutlich gemacht, dass
264 digitale Infrastrukturen längst Teil moderner Konflikte sind. Angesichts
265 wachsender geopolitischer Spannungen muss Europa geeint, entschlossen und
266 effizient handeln, um seine digitale Souveränität und strategischen Interessen
267 zu schützen.

268 **Unsere Forderungen:**

- 269 • **Stärkung der europäischen Agentur ENISA:** ENISA soll dauerhaft aus dem EU-
270 Budget finanziert und mit echten operativen Kompetenzen ausgestattet
271 werden.

- 272 • **Gemeinsame europäische Cyber-Einheiten:** Es sollen spezialisierte Teams zur
273 Abwehr von Cyberangriffen und externen Bedrohungen für kritische
274 Infrastruktur – inklusive Forschungs- und Analysekapazitäten entwickelt
275 werden, die mittelfristig in eine Europäische Armee eingegliedert werden.

- 276 • **Harmonisierung von Sicherheitsstandards:** Einheitliche Mindestanforderungen
277 für kritische Infrastrukturen in ganz Europa verringern Risiken und
278 stärken Vertrauen. Daher muss sich Österreich auf EU-Ebene für die
279 Implementierung solcher gemeinsamen Standards einsetzen.

- 280 • **Sunset Clauses und laufende Evaluierung:** Gesetzliche Maßnahmen wie der DSA
281 oder die DSGVO müssen regelmäßig evaluiert und gegebenenfalls angepasst
282 werden, um Überregulierung zu verhindern und zu gewährleisten, dass
283 Innovation nicht an überbordenden EU-Rechtsakten scheitert. Zudem müssen
284 sie mit einer Sunset Clause, also einer Bestimmung, die ein automatisches
285 Auslaufen bei nicht rechtzeitiger bewusster Verlängerung oder
286 Neuerlassung, versehen werden. So wird gesichert, dass der europäische
287 Gesetzgeber sich regelmäßig mit gegebenenfalls innovationshemmenden
288 Regelungen auseinandersetzen muss.

- 289 • **Konsequente Umsetzung von DSA und DMA:** Der Digital Services Act und der
290 Digital Markets Act sind wichtige Schritte für Transparenz und Wettbewerb
291 im digitalen Raum. Beide Regelwerke müssen entschlossen und transparent
292 umgesetzt werden, um Plattformbetreiber stärker in die Pflicht zu nehmen.
293 Nur so kann Europa ein freies, sicheres und fair reguliertes Internet
294 garantieren.

295 **6. Desinformation & Meinungsfreiheit**

296 **Demokratie braucht ein freies, aber wehrhaftes und sicheres Internet.**

297 Digitale Plattformen ermöglichen Vielfalt, schaffen Sichtbarkeit – aber sie sind
298 auch Einfallstore für Desinformation, Hass und algorithmische Verzerrung. Wir
299 setzen uns für eine digitale Debattenkultur ein, die auf Offenheit, Fakten und
300 Aufklärung basiert – nicht auf Überwachung oder zentraler Kontrolle.

301 **Unsere Forderungen:**

- 302 • **Kennzeichnungspflicht für KI-generierte Inhalte:** Audio-visuell generierte
303 Inhalte – insbesondere DeepFakes, KI-erstellte Bilder und Videos sowie
304 künstlich nachgebildete Stimmen realer Personen – müssen eindeutig und
305 nachvollziehbar gekennzeichnet sein, sei es automatisiert oder durch
306 Nutzer:innen selbst.

- 307 • **Faktenprüfung durch die Community:** Plattformen sollen Community-Notes-
308 Systeme wie bei X/Twitter bereitstellen, um faktenbasierte Hinweise unter
309 problematischen Inhalten zu ermöglichen – dezentral, transparent und
310 nachvollziehbar.

- 311 • **Meinungsvielfalt schützen:** Politische Inhalte dürfen nicht durch
312 algorithmische Intransparenz unterdrückt oder aktiv gepusht werden.
313 Plattformen müssen in für Durchschnittsnutzer:innen verständlicher Sprache
314 erklären, wie Inhalte sortiert und gefiltert werden.

- 315 • **Bildung gegen Filterblasen:** Nur durch Medienbildung, kritisches Denken und
316 Algorithmuskompetenz können Nutzer:innen selbstbestimmt mit digitalen
317 Inhalten umgehen.

- 318 • **Telegram in der europäischen Verantwortung:** Telegram ist für
319 Oppositionelle und Aktivist:innen in autoritären Staaten oft ein
320 unverzichtbares Werkzeug für freie Kommunikation. Gleichzeitig entzieht
321 sich die Plattform in Europa regulatorischen Standards: Sie hat keine
322 Ansprechperson in der EU, ist intransparent bei der Datenverarbeitung und
323 wird zunehmend für Desinformation und Hass genutzt. Auch Telegram muss
324 europäische Regeln wie den DSA erfüllen – mit klaren Zuständigkeiten,
325 Meldepflichten und Transparenz, ohne die freie Kommunikation in
326 repressiven Staaten zu gefährden.

327 Freiheit braucht Sicherheit – auch im digitalen Raum. Doch echte Sicherheit
328 entsteht durch Bildung, Eigenverantwortung, Innovation und europäische
329 Kooperation – nicht durch Überwachung, Misstrauen oder Bürokratie.

330 Wir JUNOS stehen für eine digitale Zukunft in Freiheit ein. Für souveräne
331 Bürger:innen statt gläserner Menschen. Für Verantwortung statt Kontrolle. Für
332 Sicherheit durch Aufklärung – nicht durch Angst.

333 [\[1\]https://junos.at/beschlusslagen/auf-in-die-digitale-gegenwart/](https://junos.at/beschlusslagen/auf-in-die-digitale-gegenwart/)

334 [\[2\]https://junos.at/beschlusslagen/dancing-with-the-dragon-die-junos-
335 chinastategie/](https://junos.at/beschlusslagen/dancing-with-the-dragon-die-junos-chinastategie/)

336 [\[3\]https://junos.at/beschlusslagen/auf-in-die-digitale-gegenwart/](https://junos.at/beschlusslagen/auf-in-die-digitale-gegenwart/)

337 [\[4\]https://junos.at/beschlusslagen/anonym/](https://junos.at/beschlusslagen/anonym/)

338 [\[5\]https://junos.at/beschlusslagen/vorratsdatenspeicherung-schraenkt-
339 privatsphaere-ein/](https://junos.at/beschlusslagen/vorratsdatenspeicherung-schraenkt-privatsphaere-ein/)

340 [\[6\]https://junos.at/beschlusslagen/dancing-with-the-dragon-die-junos-
341 chinastategie/](https://junos.at/beschlusslagen/dancing-with-the-dragon-die-junos-chinastategie/)

342 [\[7\]](#)

343 [https://www.oesterreich.gv.at/themen/egovernment_moderne_verwaltung/elektroni-
sche-identitaet-\(eid\)-anderer-eu-mitgliedstaaten-\(SDG\).html](https://www.oesterreich.gv.at/themen/egovernment_moderne_verwaltung/elektronische-identitaet-(eid)-anderer-eu-mitgliedstaaten-(SDG).html)

344 <https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/policies/esignatures>

ANTRAG

Gremium: XXXI. Bundeskongress

Beschlussdatum: 24.05.2025

Tagesordnungspunkt: 12.c. Allgemeine Anträge

A1NEU2: Ruhe in Freiheit

Antragstext

1 In Österreich herrscht Bestattungspflicht. Es unterscheidet sich allerdings von
2 Bundesland zu Bundesland, wie diese ausgestaltet ist und welche Möglichkeiten
3 der Bestattung es gibt. Während in anderen Ländern moderne Bestattungsarten wie
4 Natur- oder Diamantbestattungen bereits etabliert sind, sind im Großteil
5 Österreichs nur Erd- und Feuerbestattungen mit Beisetzung in Friedhöfen erlaubt,
6 andere Formen bestenfalls mit erheblichem Bürokratieaufwand oder in Form
7 gesetzlicher Graubereiche. Wir Junge liberale NEOS – JUNOS fordern daher eine
8 Liberalisierung der zulässigen Bestattungsarten. Solange der Wille des/der
9 Verstorbenen sowie die Pietät gewahrt werden und keine sanitären Bedenken
10 bestehen, soll nicht der Staat vorgeben, welche Formen der Bestattung infrage
11 kommen.

12 Zudem ist derzeit stark eingeschränkt, wo Bestattungen stattfinden dürfen. Wir
13 Junge liberale NEOS – JUNOS plädieren für mehr Freiheit bei der Wahl des
14 Bestattungsorts, solange die Liegenschaftseigentümer:innen ihr Einverständnis
15 geben und keine öffentlich- oder nachbarrechtlichen Interessen dem
16 entgegenstehen und die Bestattung sachgemäß durchgeführt wird. Insbesondere soll
17 es auch unkompliziert möglich sein, dass Angehörige eine Urne zu Hause
18 aufbewahren, und nicht de facto automatisch Friedhofsgebühren zahlen müssen.
19 Wenn physische Überreste von Leichen außerhalb anerkannter Bestattungsstätten
20 beigesetzt werden, muss der Bestattungsort bei der Bezirkshauptmannschaft
21 vermerkt werden. Gleichzeitig sollen Familien nicht rein aus finanziellen
22 Gründen von Friedhofsbeerdigungen abweichen müssen, falls Sie diese präferieren,
23 daher sollen in geeigneter Art und Weise Informationsmaterialien zu finanzieller
24 Unterstützung im Bereich Bestattung verfügbar gemacht werden.

25 Bei vielen Entscheidungen im Rahmen von Bestattungen, wie etwa der Wahl des
26 Bestattungszeitpunkts oder des Aufbahrungsorts, gelten standardmäßig sehr

27 strikte Vorgaben, für die bei Abweichungen sehr willkürlich Bewilligungen durch
28 Bürgermeister:innen, Gemeinden, Bezirkshauptmannschaften oder Landesregierungen
29 benötigt werden. Hier sollten einheitlichere und nachvollziehbare
30 Zuständigkeiten geschaffen werden, die Bestattungen unabhängiger von politischen
31 Entscheidungsträger:innen machen.

ANTRAG

Gremium: Bundeskongress

Beschlussdatum: 24.05.2025

Tagesordnungspunkt: 12.c. Allgemeine Anträge

A4NEU: Mehr Freiheit im Alter: Weg mit der Doppelbelastung für Zuverdienste

Antragstext

1 In einer alternden Gesellschaft ist es von besonderem Interesse, die Potenziale
2 älterer Menschen zu nutzen und sie möglichst lang in der Arbeitswelt zu halten.
3 Die bestehende Verpflichtung, Pensionskassenbeiträge bei Erwerbstätigkeit auch
4 nach Erreichen des Regelpensionsalters zu leisten, stellt eine unnötige
5 Belastung dar und ist sachlich ungerechtfertigt. Viele Pensionistinnen und
6 Pensionisten sind motiviert, weiterhin am Arbeitsmarkt teilzunehmen, werden
7 jedoch durch bürokratische und finanzielle Hindernisse daran gehindert. Bis zum
8 Ende dieses Jahres entfallen zwar die Pensionsbeiträge auf Zuverdienste bis zur
9 doppelten Geringfügigkeitsgrenze^[1], das reicht jedoch nicht! Wir wollen, dass
10 Pensionist:innen gar keinen Pensionskassenbeitrag mehr zahlen.

Beseitigung von Doppelbelastungen

12 Mit dem Erreichen des Regelpensionsalters haben Arbeitnehmerinnen und
13 Arbeitnehmer über viele Jahrzehnte Beiträge zur Pensionsversicherung geleistet,
14 um ihre Alterssicherung zu gewährleisten. Es ist daher nicht nachvollziehbar,
15 dass eine Person, die bereits Anspruch auf eine volle Alterspension hat,
16 weiterhin mit Pensionskassenbeiträgen belastet wird, obwohl sie nur eine geringe
17 zusätzliche Pensionsleistung erwartet. Diese Doppelbelastung ist weder gerecht
18 noch wirtschaftlich sinnvoll.

Stärkung der Eigenverantwortung und wirtschaftlichen Freiheit

21 Wir setzen uns für ein liberales und zukunftsorientiertes Pensionssystem, das
22 auf Eigenverantwortung und Anreize setzt, anstatt auf Zwang und unnötige

23 Regelungen. Ein kompletter Entfall der Pensionskassenbeiträge bei Zuverdienst
24 stärkt die wirtschaftliche Freiheit von Pensionistinnen und Pensionisten ihre
25 Entscheidung zur Erwerbstätigkeit zu erleichtern und so die Eigenverantwortung
26 fördern.

27 **Fachkräftemangel entgegenwirken**

28 Die österreichische Wirtschaft kämpft in vielen Bereichen mit einem akuten
29 Fachkräftemangel. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer könnten mit ihrer
30 Erfahrung und ihrem Wissen eine wertvolle Ressource darstellen. Der Wegfall der
31 Pensionskassenbeiträge würde ein zusätzliches Anreizsystem schaffen, diese
32 Potenziale zu aktivieren und älteren Menschen den Einstieg in den Arbeitsmarkt
33 zu erleichtern.

34 **Deshalb fordern wir:**

- 35 • Die Pflicht zur Zahlung von Pensionskassenbeiträgen für Zuverdienste bei
36 regulärer Alterspension wird vollständig abgeschafft Dies betrifft alle
37 Erwerbstätigen, die das Regelpensionsalter erreicht haben und eine
38 reguläre Alterspension beziehen.
- 39 • Die Entlastung der Pensionistinnen und Pensionisten durch den Entfall der
40 Beiträge soll den Anreiz zur Weiterarbeit erhöhen, ohne den
41 Pensionsanspruch zu schmälern.

42 Wir JUNOS – Junge liberale NEOS sind überzeugt, dass diese Reform notwendig ist,
43 um mehr Flexibilität und Gerechtigkeit für Pensionistinnen und Pensionisten zu
44 schaffen und den Wirtschaftsstandort Österreich zu stärken. Die Abschaffung der
45 Pensionskassenbeiträge für Zuverdienst ist ein logischer Schritt hin zu einem
46 liberaleren und zukunftsfähigen Pensionssystem, das sowohl den individuellen
47 Bedürfnissen als auch den volkswirtschaftlichen Herausforderungen Rechnung
48 trägt.

49 [\[1\]](#) Stand 12.10.2024: 518,44 € mal 2 also 1036,88€ (davon 10,25 % PK-Beitrag =
50 106,28 €

ANTRAG

Gremium: XXXI Bundeskongress

Beschlussdatum: 25.05.2025

Tagesordnungspunkt: 12.c. Allgemeine Anträge

A7NEU: Unendliche Weiten: Die JUNOS Weltraumstrategie

Antragstext

1 Die Geschichte der Raumfahrt ist eine Geschichte des Wettbewerbs und des
2 Fortschritts. Vom ersten Satelliten bis zum neuesten Mars-Rover hat unser
3 Streben nach Forschung zum Weltraum eine Fülle von Erkenntnissen hervorgebracht
4 und steht als lebendiges Zeugnis für menschliches Einfallsreichtum. Das Space
5 Race hat nicht nur die Möglichkeiten der Raumfahrt hervorgebracht, sondern auch
6 ein weltweites Interesse an Wissenschaft und Technologie entfacht.

7 Die Erforschung des Weltraums ist mit zahlreichen Herausforderungen verbunden.
8 Vielmehr bietet sie aber auch viele Chancen, darunter die Erschließung neuer
9 Ressourcen, die Weiterentwicklung moderner Technologien und potenziell sogar die
10 Aussicht auf die Ausdehnung des menschlichen Lebensraums.

11 Bereits heute ist die europäische Wirtschaft stark auf die Weltrauminfrastruktur
12 angewiesen, viele Arbeitsplätze sowie die internationale Wettbewerbsfähigkeit
13 hängen direkt mit der Weltraumforschung zusammen. In Anbetracht dessen ist es
14 von großer Bedeutung, dass Europa seine Position stärkt und zu einer
15 maßgeblichen Akteurin in Weltraumangelegenheiten aufsteigt.

Gemeinsame Regeln für den Weltraum

17 Der Weltraumvertrag sowie eine Handvoll weiterer völkerrechtlicher Übereinkommen
18 bilden die Grundlage für den gemeinsamen Umgang im Weltall, wobei die aktuellste
19 Ergänzung (der Mondvertrag) aus dem Jahr 1979 kommt und das Weltraumrecht
20 insgesamt schwach und veraltet ist. Wir fordern daher, dass auf internationaler
21 Ebene neue Verträge geschlossen werden, um ungeklärte Problematiken zu regeln
22 und Rechtsunsicherheiten zu beseitigen.

23 **Eigentum im All**

24 Die EU soll sich dafür einsetzen, dass sich Himmelskörper weiterhin nicht im
25 Eigentum von Staaten und privaten Akteur:innen befinden dürfen. Stattdessen soll
26 der Weltraum unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen stehen, die
27 anhand eines geregelten Verfahrens zeitlich begrenzte Nutzungs- und Schürfrechte
28 für Himmelskörper vergeben können sollen, um diese für Wirtschaft und Forschung
29 nutzbar zu machen.

30 **StVO für Satelliten**

31 Um Zusammenstöße zwischen den zahlreichen Satelliten rund um die Erde zu
32 verhindern, müssen gemeinsame Regeln etabliert werden, die etwa definieren, wie
33 die Umlaufbahnen zwischen den Betreiber:innen koordiniert und aufgeteilt werden
34 können.

35 **Private Raumfahrt fördern**

36 Der private Sektor bringt zunehmend wichtige Akteur:innen im Bereich der
37 Raumfahrt hervor. Unternehmen wie SpaceX und Virgin Galactic tragen aktiv dazu
38 bei, Raumfahrttechnologie weiterzuentwickeln und den Zugang zum Weltraum
39 einfacher und günstiger zu machen.

40 Im Vergleich zu internationalen Playern wie den Vereinigten Staaten oder China
41 hinkt die europäische Raumfahrtindustrie leider stark hinterher. Wir sehen hier
42 eine große Chance in der Förderung des privaten Sektors, um kompetitiv zu
43 bleiben - insbesondere sollen auch öffentlich-privatwirtschaftliche
44 Kooperationen vorangetrieben werden.

45 **Stärkung des privaten Sektors**

46 Um so effizient wie möglich zu arbeiten und Innovation voranzutreiben, soll auch
47 in der europäischen Raumfahrt mehr Verantwortung auf Unternehmen übertragen
48 werden. Die ESA soll daher nicht mehr alle Projekte eigenständig abwickeln,
49 sondern vermehrt auch Aufträge an private Anbieter:innen vergeben und gemeinsame
50 Programme realisieren. Gleichzeitig sollen klare Bedingungen gestellt werden,
51 damit auch die Öffentlichkeit von diesen Kooperationen profitiert – etwa durch
52 den Zugang zu Forschungsergebnissen.

53 Zudem stehen wir selbstverständlich auch gänzlich privatwirtschaftlichen

54 Unternehmungen positiv gegenüber.

55 **Bürokratie ade, hallo Kapital**

56 Neugründungen in der NewSpace Economy sollen jedenfalls begrüßt werden und daher
57 auf möglichst wenige Hürden stoßen. Genehmigungsprozesse für neue Technologien
58 sollen möglichst unbürokratisch und schnell abgewickelt werden.

59 Es ist außerdem an der Zeit, dass Wagniskapital auch österreichischen
60 Raumfahrtunternehmen zugutekommt. Dazu schlagen wir ein neues Gesetz für
61 Risikokapital vor, das unter anderem steuerliche Abschreibungen bei Verlusten,
62 die Gleichstellung von Eigen- und Fremdkapitalfinanzierungen sowie die
63 Fortführung von Verlustvorträgen ermöglicht.

64 **Haftungsgrenzen in der Raumfahrt**

65 Um die Entwicklung neuer Technologien in der Raumfahrtbranche zu gewährleisten,
66 sollten verbindliche Haftungsgrenzen eingeführt werden. Dies ist notwendig, da
67 Versicherungen aufgrund der sehr hohen potenziellen Risiken für Unternehmen in
68 diesem Bereich finanziell nicht tragbar sind.

69 **Europa im Weltraum**

70 Kein europäischer Staat kann den Weltraum allein nutzen. Wenn Europa in diesem
71 Bereich an Einfluss gewinnen will, ist ein gemeinsames Vorgehen der einzige Weg
72 - die EU soll hier zu einer Hauptakteurin werden.

73 **EU x ESA**

74 Die EU und die ESA sollen in einem Vertrag ihr Verhältnis zueinander definieren,
75 auf dessen Basis die EU entscheiden kann, ob sie weiterhin ein eigenes
76 Weltraumprogramm finanzieren, oder die EU-Interessen im Weltraum durch die ESA
77 vertreten lassen möchte.

78 Die EU-Mitgliedstaaten sollen im Bereich der Raumfahrt jedenfalls enger
79 zusammenarbeiten und Ineffizienzen, die sich durch das parallele Betreiben
80 nationaler und europäischer Programme ergeben, beseitigen. Mittelfristig soll es
81 auf europäischer Ebene ein gemeinsames Raumfahrtprogramm geben, an dem alle EU-
82 Mitgliedstaaten teilnehmen.

83 **Aufwertung der ESA**

84 Österreich soll der ESA mehr Mittel zur Verfügung stellen und auch die anderen
85 EU-Mitgliedsstaaten zur verstärkten Unterstützung auffordern. Ziel muss es sein,
86 die (finanzielle) Wettbewerbsfähigkeit mit anderen Raumfahrtorganisationen wie
87 zum Beispiel der NASA zu erreichen.

88 Das Raumfahrtzentrum Guayana soll weiterentwickelt und direkt der ESA
89 unterstellt werden. Zusätzlich möchten wir privaten Unternehmen die Möglichkeit
90 geben, dort Starts durchzuführen.

91 **Europäische Weltraumforschung**

92 Wir fordern einen Ausbau der Grundlagenforschung in Zusammenarbeit mit
93 nationalen und europäischen Luft- und Raumfahrtunternehmen, insbesondere im
94 Bereich der nachhaltigen Raumfahrterkundung. Zusätzlich sollen Projekte zur
95 Entwicklung von Überlebenssystemen im Weltraum gefördert werden, um die
96 Sicherheit und Leistungsfähigkeit von Astronaut:innen zu verbessern.

97 Für alle EU-Mitglieder soll ein gleichberechtigter Zugang zu
98 Forschungsergebnissen aus ESA-Missionen und nationalen Raumfahrtprogrammen
99 einzelner Mitgliedstaaten sichergestellt werden.

100 In Anbetracht der internationalen Abhängigkeit der Raumfahrtindustrie soll die
101 EU in Studiengängen der Weltraumforschung den Fokus auf Austauschstudierende im
102 Erasmus+ Programm erhöhen.

103 **Weltraumrüstung und europäische Verteidigung**

104 Große Weltmächte wie Russland, China, Indien und die Vereinigten Staaten bauen
105 ihre militärischen Ressourcen im Weltraum stetig aus. Für die EU herrscht
106 dringend Handlungsbedarf, um nicht an Einfluss zu verlieren, gleichzeitig müssen
107 Regeln zur Vermeidung und Lösung von Konflikten geschaffen werden.

108 **Europäische Weltraumstreitkräfte**

109 Um die strategische Autonomie und Sicherheit Europas im Weltraum zu
110 gewährleisten, fordern wir die Gründung Europäischer Weltraumstreitkräfte nach
111 Vorbild der United States Space Force im Rahmen einer EU-Armee.

112 Gemeinsame Weltraumstreitkräfte stärken die europäische Integration, verringern
113 Abhängigkeiten von externen Akteur:innen und erhöhen die Fähigkeit der
114 Europäischen Union, eigenständig im Weltraum zu agieren und potenzielle

115 Bedrohungen abzuwehren. Zudem kann die internationale Zusammenarbeit zur Wahrung
116 globaler Sicherheitsinteressen ausgebaut werden.

117 Durch den Schutz kritischer Weltrauminfrastruktur, die Entwicklung sicherer
118 Kommunikations- und Navigationssysteme sowie einen verstärkten Fokus auf
119 Forschung im Weltraumsektor kann Europa seine technologische Führungsrolle
120 ausbauen und auch wirtschaftlich profitieren.

121 **Raketenabwehr made in Europe**

122 Angesichts zunehmender Bedrohungen durch ballistische Raketen und geopolitische
123 Spannungen ist es wesentlich, dass die EU ein gemeinsames Raketenabwehrprogramm
124 startet. Bestehende Programme wie das NATO-Raketenabwehrsystem und nationale
125 Initiativen wie MEADS und SAMP/T sind bereits wichtige Schritte, auf denen
126 aufgebaut werden kann, aber es besteht weiterhin Bedarf an einer integrierten
127 Lösung. Die European Sky Shield Initiative (ESSI) hat das Potential, Lücken im
128 bisherigen Schutzschirm für Europa zu schließen. Österreich sollte sich
129 weiterhin proaktiv an diesem Projekt beteiligen.

130 Die EU sollte zudem mit ihren schärfsten diplomatischen Mitteln entschieden
131 verhindern, dass Staaten Anti-Satelliten-Waffen einsetzen.

132 **Internationales Weltraumtribunal**

133 Immer, wenn Staaten die Möglichkeit hatten, neue Territorien zu erschließen,
134 führte das zu Konflikten und Instabilität aufgrund des Widerstands der
135 ansässigen Bevölkerung oder anderer Staaten, die ebenfalls Ansprüche erhoben. Um
136 Verbrechen und Streitigkeiten im Weltraum zu lösen, sollte die internationale
137 Gemeinschaft ein Tribunal einrichten, das ähnlich dem Internationalen
138 Seegerichtshof funktioniert.

139 **Reduzierung von Weltraummüll**

140 Hunderttausende Teile Weltraummüll umkreisen die Erde und bedrohen wichtige
141 Weltrauminfrastruktur. Zudem besteht die Gefahr des Kessler-Syndroms, bei dem
142 eine Kettenreaktion von Zerstörung und weiterer Müllansammlung die
143 Erdumlaufbahnen unbrauchbar und unpassierbar machen könnte, was die Menschheit
144 auf der Erde stark einschränken würde. Daher ist es von größter Dringlichkeit,
145 die Entstehung von neuem Weltraummüll zu minimieren und Lösungen für die
146 bestehende Vermüllung zu finden.

147 **Weltraummüll-Zertifikatehandel**

148 Um die Entstehung von Weltraumschrott zu reduzieren, fordern wir die Einführung
149 eines Space-Debris-Trade-System (SDTS). Dieses System erfordert, dass für jeden
150 Kilogramm Müll im Weltraum ein entsprechendes Vermüllungszertifikat vorliegt. Um
151 die Menge an Weltraummüll zu begrenzen, wird eine maximale zulässige Vermüllung
152 festgelegt, basierend auf wissenschaftlichen Einschätzungen zur
153 Kontrollierbarkeit des Kollisionsrisikos mit Müll. Das SDTS-Zertifikat muss
154 bereits beim Starten von Satelliten vorhanden sein, um die potenzielle Müllmenge
155 jederzeit zu dokumentieren. Wenn Weltraummüll entfernt wird, werden gleichzeitig
156 neue Zertifikate für die Müllentsorgung ausgestellt.

157 **Beseitigung von Weltraummüll**

158 Die EU sollte Initiativen wie Horizon Europe erheblich unterstützen, um
159 Technologien zur Verhinderung des Kessler-Syndroms zu entwickeln, wie z.B.
160 Verdampfungslaser, durch die Weltraummüll vernichtet werden kann.

161 Zudem sollen internationale Regelungen geschaffen werden, die für alle ins All
162 geschickten Satelliten kürzere obligatorische Abstiegszeiten und zuverlässige
163 Selbstzerstörungsmechanismen vorschreiben. Dadurch wird sichergestellt, dass
164 Satelliten am Ende ihrer Lebensdauer sicher außer Betrieb genommen werden
165 können, um die Entstehung von Weltraummüll zu vermeiden.

166 **Visionen und Projekte**

167 **Nachfolge für die ISS**

168 Die Internationale Raumstation (ISS) ist ein Wunderwerk der internationalen
169 Zusammenarbeit. Sie hat uns gelehrt, wie man im Weltraum lebt und arbeitet, und
170 damit die Grundlage für künftige Langzeitmissionen zum Mond, Mars und darüber
171 hinaus gelegt. Nachdem die ISS nur noch wenige Jahre in Betrieb sein wird,
172 müssen bereits jetzt die Weichen für ein Nachfolgeprogramm gestellt werden. Hier
173 muss sich die Europäische Union auf jeden Fall stark proaktiv einbringen.

174 **Von der Erde zum Mond**

175 Wir fordern, dass Österreich und die EU sich aktiv bei Projekten wie dem Lunar
176 Gateway einbringen, da der Mond als potenzielle Zwischenstation für
177 Marsmissionen wieder verstärkt ins Blickfeld der Raumfahrtprogramme rückt.
178 Langfristig streben wir an, dass die ESA die Fähigkeit entwickelt, Menschen

179 eigenständig zum Mond und in seine Umlaufbahn zu bringen.

180 Zudem sollen von der ESA konkrete Pläne zur Errichtung eines Weltraumliffts
181 vorangetrieben werden, da dieser eine äußerst effiziente Methode darstellen
182 könnte, Objekte in die Erdumlaufbahn zu transportieren, die sowohl
183 wirtschaftliche als auch ökologische Vorteile bringt.

184 **Nächster Halt, Next Stop: Mars**

185 Der Mars ist die nächste Grenze für die menschliche Erforschung. Mit Missionen
186 wie dem Artemis-Programm der NASA, das die Rückkehr von Menschen zum Mond als
187 Sprungbrett zum Mars zum Ziel hat, sind wir dem Roten Planeten näher denn je.
188 Jenseits des Mars sind die Möglichkeiten endlos, vom Abbau von Asteroiden bis
189 zur Erforschung der äußeren Planeten und ihrer Monde.

190 Wir setzen uns dafür ein, dass Vertreter:innen der freien Welt den Mars als
191 Erste erreichen und damit die Überlegenheit von Freiheit und Demokratie
192 darbieten. Aus diesem Grund fordern wir eine gemeinsame bemannte Marsmission
193 unter der Leitung von ESA, JAXA und NASA, zu der sich auch die
194 Raumfahrtagenturen anderer westlicher Staaten anschließen können.

ANTRAG

Gremium: XXXI. Bundeskongress

Beschlussdatum: 25.05.2025

Tagesordnungspunkt: 12.c. Allgemeine Anträge

A8NEU: Regierungs- und Parteikommunikation trennen

Antragstext

1 Im April 2024 hat der Rechnungshof einen Bericht^[1] über seine Überprüfung der
2 Social Media Kanäle österreichischer Regierungspolitiker:innen veröffentlicht.
3 In mehreren Fällen war dabei nicht erkennbar, wer für die Kanäle als
4 Medieninhaber fungierte. Außerdem bestand aus Sicht des Rechnungshofs
5 größtenteils eine Vermischung von Regierungs- und Parteimitteln bei der
6 Betreuung der Kanäle.

7 Für uns Junge liberale NEOS – JUNOS ist klar, dass Regierungs- und Parteiarbeit
8 strikt voneinander getrennt werden müssen. Wir fordern daher, dass
9 Regierungspolitiker:innen auf Bundes- und Landesebene für die Kommunikation im
10 Rahmen ihres Regierungsamtes sowie ihre persönliche/parteilpolitische
11 Kommunikation getrennte Kanäle nutzen, für die auch nur die jeweils gesetzlich
12 vorgesehenen Ressourcen eingesetzt werden. Um eine angemessene Trennung zu
13 garantieren, sollen zudem Richtlinien für die Nutzung von Social Media Kanälen
14 durch Ministerien bzw. Regierungsmitglieder ausgearbeitet werden.

15 [\[1\]Social-Media-Accounts von Regierungsmitgliedern – Bericht des Rechnungshofs |](#)
16 [April 2024](#)